Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Nummer 267

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53-54
GRUNDSTÜCKE

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 400 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 12. Juni 1923

Englands Bemühungen um den Weltfrieden.

Die Aufhebung des passiven Widerstandes unmöglich. — Für einen Schiedsspruch.

Der Standpunkt des Kabinetts Baldwin.

Abänderung des deutschen Zahlungsplanes.

Paris, 12. Juni.

„Havas" berichtet heute nacht über das Ergebnis des englischen Kabinettsrates, der eine Stunde gedauert habe. **Der Standpunkt des englischen Kabinetts könne wie folgt gekennzeichnet werden: Die britische Regierung glaube, daß es nicht möglich sei, als Bedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen, und daß die Gefahr einer kommunistischen Reaktion entstehen könne. Die englische Regierung präzisiere ihre Auffassung dahin, daß es ihr sehr erwünscht sei, jeden Bruch zu vermeiden. Aber sie erkläre, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden könnten, erkenne jedoch an, daß die in dem Memorandum enthaltenen Ziffern nicht annehmbar seien und unter dem blieben, was Bonar Law im Januar vorgeschlagen habe. Das englische Kabinett schlage deshalb vor, den deutschen Plan abzuändern und Deutschland dahin zu bringen, die Ziffern des Planes Bonar Laws anzunehmen. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß das Deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde. Wenn die französische Regierung der Ansicht sei, daß ihr Standpunkt aufrechterhalten werden müsse, so schlage die britische Regierung vor, eine Konferenz alliierter Sachverständiger zusammenzurufen, die die Mission haben sollten, eine Untersuchung über die allgemeine Lage Deutschlands vorzunehmen und die Ziffern zu bestimmen, auf die man die Reparatonszahlungen Deutschlands aufbauen könne, um dann auch das umfassende Problem der europäischen Lage zu studieren. Falls die Sachverständigen sich nicht einigen könnten, würde die britische Regierung es unternehmen, selbst Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu erheben, damit diese dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.**

EP London, 12. Juni.

Der englische Ministerrat, der am Montag nachmittag in der Downingstreet zusammentreten sollte, versammelte sich erst um ½7 Uhr im Unterhaus. Die Gründe dieses Aufschubes sind darin zu suchen, daß Lord Curzon im Laufe des Nachmittags nacheinander die Botschafter Frankreichs, Belgiens und Italiens empfing, die ihm die Ansichten ihrer Regierungen über die letzte deutsche Note auseinandersetzten. Der französische Botschafter St. Aulaire wurde um ½1 Uhr empfangen. Die Unterredung dauerte volle zwei Stunden. Der Botschafter setzte den Standpunkt seiner Regierung auseinander und überreichte Lord Curzon ein Memorandum, in dem seine Erklärungen schriftlich zusammengefaßt sind. Er erklärte, daß die französische Regierung nicht an die Regelung der Reparationsfrage herantreten könne, solange die deutsche Regierung nicht alle Ordonnanzen zurückgezogen habe, wodurch der passive Widerstand an der Ruhr erreicht worden sei. Außerdem protestierte er gegen die letzte Rede des Reichskanzlers Cuno in Münster, die ein Appell an den Aufstand des deutschen Volkes gegen den Versailler Vertrag sei. Diese Campagne offizieller Aufhetzungen (!) sei für die Attentate gegen französische Soldaten an der Ruhr verantwortlich zu machen. (!) Am Tage nach dem Doppelverbrechen in Dortmund (!) könne die französische Regierung nicht ihre Politik der Geschlossenheit aufgeben, die in Brüssel zusammen mit der belgischen Regierung vereinbart worden sei. Der Botschafter erklärte, daß, wenn England von Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes fordern würde, die französische Regierung bereit sei, die Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage des im Monat Januar auf der Pariser Konferenz unterbreiteten französischen Planes vorzunehmen, d. h. Frankreich bestehe darauf, 26 Milliarden Goldmark der Obligationen A un B zu bekommen, die seinen Anteil ausmachten. Die Obligationen würde Frankreich für die Regelung der amerikanischen Schulden überlassen. Frankreich werde unter keinen Umständen für die Aufhebung der Reparationskommission zugunsten einer internationalen Kommission stimmen.

Lord Curzon empfing darauf den belgischen und nachher den italienischen Botschafter.

Um 6,30 Uhr begab sich Lord Curzon nach dem Unterhause, wo sofort die Beratungen des Ministerrates eröffnet wurden. Diese dauerten bis ½9 Uhr abends. Es wurden keinerlei offizielle Erklärungen über die Beschlüsse des Ministerrates eröffnet wurden. Diese dauerten bis ½9 Uhr abends. Es wurden keinerlei offizielle Erklärungen über die Beschlüsse des Ministerrates veröffentlicht. An offiziöser Stelle werden aber die Beschlüsse wie folgt zusammengefaßt:

1. Die französische Forderung, wonach Deutschland aufgefordert werden soll, den passiven Widerstand einzustellen bevor irgend welche Unterhandlungen eröffnet werden können, wird als undurchführbar betrachtet. Die englische Regierung ist in der Tat der Ansicht, daß im gegenwärtigen Zustand der Gemüter in Deutschland keine Regierung in Berlin die Zurückziehung der Ordonnanzen übernehmen kann, die sich auf den passiven Widerstand gegen die französische und belgische Besatzung beziehen. Es wäre sogar zu befürchten, daß, wenn Dr. Cuno einer ausländischen Aufforderung nachgeben würde, eine kommunistische Revolution herbeigeführt werden würde.

2. Die englische Regierung wünscht aber gleichwohl einen Bruch mit Frankrich zu verhüten und hat sich deshalb bestrebt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der der französischen Regierung unterbreitet werden wird. Sie ist der Ansicht, daß das deutsche Angebot unannehmbar sei, daß insbesondere der von Deutschland angebotene Betrag offensichtlich ungenügend ist und daß die englische Regierung auf keinen Fall ihre Zustimmung zu einer Zahl geben könne, die hinter derjenigen des Planes Bonar Laws zurücksteht. Die englische Regierung ist aber gleichwohl der Ansicht, daß die letzten deutschen Vorschläge als Ausgangspunkt für eine Diskussion unter den Alliierten dienen können.

3. Wenn Frankreich auf seiner Forderung besteht, wonach der passive Widerstand von vornherein aufzuhören habe, schlägt die englische Regierung folgendes vor:

Die Alliierten könnten eine Sachverständigenkommission einsetzen, die beauftragt wäre, eine Untersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit sowie über die verschiedenen Aspekten des Reparationsproblemes, der Kriegsschulden und der französisch-belgischen Sicherheit anzustellen. **Wenn zufolge dieser Untersuchung eine Einigung zwischen den Alliierten zustände käme, so wäre die englische Regierung bereit, Vorstellung bei der deutschen Regierung zu erheben, damit sie dem System des passiven Widerstandes ein Ende bereite.**

EP London, 12. Juni.

Die englische Regierung wird wahrscheinlich heute Dienstag der französischen Regierung die im gestrigen Ministerrat gefaßten Beschlüsse mitteilen.

Doch eine gemeinsame Antwort?

London, 12. Juni.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times" schreibt, er erfahre, das auf ein dringendes Ersuchen Lord Curzons hin Lord Birkenhead sich bereit erklärt habe, seine Anfrage bezüglich der deutschen Reparationen heute im Oberhause nicht zu stellen. Die Regierung sei der bestimmten Ansicht gewesen, daß **angesichts der augenblicklichen Lage es unmöglich sein würde, irgend eine Information in Beantwortung der Frage Birkenheads zu geben.** Nach dem Berichterstatter haben die Vertreter der britischen Regierung auch in der gestern abgehaltenen wichtigen Erörterung ihrem lebhaften Wunsch Ausdruck gegeben, **daß die Antwort auf die deutsche Note in Gestalt einer gemeinsamen Note aller Regierungen gegeben werden müsse. Es bestehe jetzt jede Wahrscheinlichkeit, daß dieser Wunsch erfüllt werde.** Gestern abend sei erklärt worden, daß vom britischen Standpunkt gesehen, **die Erörterungen, die noch im Gange seien, als sehr befriedigend gelten könnten.** Diese Hoffnung, daß eine gemeinsame Antwort möglich sei, sei einer der Gründe, gewesen, die die Regierung zu der Ansicht geführt habe, daß jede voreilige Erörterung im Oberhaus mehr Schaden als Nutzen stiften könnte.

eca Paris, 12. Juni.

Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" glaubt, daß die gestrigen Entscheidungen der englischen Regierung durch den Einfluß der neuen Männer des englischen Kabinetts erfolgt seien. **Die Entscheidungen des Kabinetts erinnern an die schlechtesten Tage Lloyd Georges.** Der unheilvolle Einfluß der humanistischen Psychologie und der liberalen Finanz, die mit Robert Cecil und Mac. Kenna triumphieren, beginnt sich fühlbar zu machen, und damit ist die Sache noch keineswegs beedet.

Frankreich diktiert!

Die „unversöhnlichen" Gegensätze.

London, 12. Juni.

Uebee die gestrige Beratung Lord Curzons mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italien vernimmt der stets sehr gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" die eingehendsten Darstellungen, die auch in ihrem Pessimismus von den zuversichtlicheren Ausführungen der meisten übrigen Blätter abweichen. Der Korrespondent schreibt, das Ergebnis dieser verschiedenen, die Ruhr- und die Reparationsfrage betreffenden Schritte sei, daß die Aussichten auf eine interalliierte Vereinbarung (von einem gemeinsamen Abkommen der alliierten Regierungen gegenüber Deutschland gar nicht zu sprechen) zugegebenerweise noch weiter entfernt seien, als sogar von den Stellen, die sich nirmals einem unangebrachten Optimismus in dieser Frage hingegeben hätten, erwartet worden sei. Poincarés Standpunkt, wie er von dem französischen Botschafter in London, Graf St. Aulaire, gestern Lord Curzon unterbreitet wurde, **habe alle bestehenden geringen Aussichten darauf, daß die Ansichten Großbritanniens und Frankreichs je miteinander versöhnt werden könnten, verscheucht.** Auf britischer Seite sei man offen bestürzt gewesen **über das noch nicht dagewesene Maß von Unnachgiebigkeit** und man habe diese Tatsache auch nicht verheimlicht. Der französische Botschafter habe im Namen seiner Regierung nicht nur darauf bestanden, daß die Einstellung des passiven Widerstandes durch Deutschland eine Bedingung für jegliche Verhandlungen selbst unter den Alliierten sein müsse, sondern auch darauf, daß Großbritannien, wenn es nicht mit Frankreich und Belgien bei der Aufforderung an die deutsche Regierung, alle darauf bezüglichen Verfügungen zurückzunehmen, mitwirken wolle, **von Frankreich keinerlei Zugeständnisse ,Bedingungen oder Zusagen verlangen könne.** Mit anderen Worten, **es könne keinen Ausgleich geben. Die französische Regierung würde außerdem von Berlin, abgesehen von der Zurückziehung der Verfügungen, die den passiven Widerstand ermutigen oder vorschreiben, die Zurückziehung der Verfügungen fordern, die Beamte und andere Personen mit Strafen bedrohen, welche dem Ersuchen der französischen Behörden um Unterstützung nachgekommen sind. Eine volle Amnestie würde für derartige Personen verlangt werden, sowie eine Garantie, daß in Zukunft die örtlichen deutschen Behörden sowie die staatlichen, als auch die privaten — mit den zivilen und militärischen Besatzungsbehörden zusammenwirken.**

Die Zunahme der Sabotage- und Gewaltakte, sowie der herausfordernde (!) Ton in der letzten Rede des Reichskanzlers Cuno müßten nach Ansicht Poincarés hervorgehoben werden. Außerdem sei die französisch-belgische Entscheidung über die **allmähliche Räumung entsprechend den deutschen Zahlungen** erwähnt worden. Schließlich habe der französische Botschafter darauf hingewiesen, daß Frankreich **nicht ein Jota von seinen Ansprüchen aufgeben könne** und werde, sei es mit bezug auf seinen 26-Milliarden-Anteil an den A- und B-Bonds des Zahlungsplanes vom Jahre 1921 oder mit bezug auf eine Ermäßigung seines Anteiles an den C-Bonds im Verhältnis allein zu der Ermäßigung seiner Schulden an Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Diese Ansprüche seien in den Januar-Plan Poincarés gestellt worden, der als die vereinbarte Grundlage der Erörterungen dienen müsse, unter Ausschluß aller übrigen Memoranden, also auch der deutschen Note. Dem Berichterstatter zufolge habe Curzon seinerzeit auf die geplante internationale Sachverständigen-Kommission bezug genommen, als eine Körperschaft, die unter der Autorität des Völkerbundes handeln könne. Graf St. Aulaire sei auf diese Frage nicht eingegangen, **auch nicht auf die Frage eines Moratoriums für Deutschland.**

Dem Korrespondenten zufolge sei die vom belgischen Botschafter gemachte Mitteilung sowohl im Ton als auch im Inhalt etwas abgewichen. Baron Moncheur habe erklärt, daß er in der Frage der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Vorbedingung für jede Erörterung mit Frankreich übereinstimme. Er habe aber hinzugefügt, daß Großbritannien die mit seiner Haltung gegenüber dem Ruhrproblem zusammenhängenden Grundsätze aufrechterhalten und sich in dieser Frage trotzdem Frankreich und Belgien anschließen könne, und zwar aus rein praktischen Erwägungen (?) heraus, so angesichts einer Besetzung, die bereits fünf Monate dauere. Der belgische Botschafter habe hierauf die drei Memoranda überreicht, die vor kurzem von belgischen Sachverständigen über die finanzielle Seite des Reparationsproblems vorbereitet wurden und die die deutschen Eisenbahneinkünfte und Monopole, die deutschen Industriegewinne und die deutschen Budgetfragen betreffen. Der belgische Botschafter habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese technischen Berichte von der britischen Regierung und den alliierten Regierungen als ernste Beiträge zur Reparationsregelung behandelt werden.

Der belgische Botschafter habe nicht, wie der französische Kollege, die Beschränkung zukünftiger Erörterungen auf entweder den belgischen oder den französischen Plan angeregt und auch nicht den Ausschluß des deutschen Memorandums verlangt. Baron Moncheur habe auf dem Foreign Office ein Aide-Memoire zurückgelassen.

Soweit festgestellt werden könne, habe der italienische Botschafter Lord Curzon **keinerlei konkrete Vorschläge** unterbreitet. Die italienische Diplomatie würde ebenfalls wie die britische entweder allein oder mit der britischen Diplomatie gemeinsam versuchen, einen Mittelweg zwischen Berlin und Paris in der Frage der deutschen passiven Widerstandes zu finden. Aber solche Anstrengungen schienen in beiden Fällen **durch die Forderungen Poincarés aussichtslos. Andererseits könne die britische Regierung von Deutschland nicht die Einstellung des passiven Widerstandes verlangen, wenn sie Berlin nicht zur selben Zeit versichern, daß im Austausch dagegen Paris und Brüssel bereit sein könne, gewisse Zugeständnisse zu machen** und die deutschen Vorschläge in ernste Erwägungen genommen würde. Es werde außerdem ausdrücklich betont, daß die britische Regieruug, angesichts der Meinung ihrer juristischen Berater in der Frage der Reparationsaktion eines oder mehrerer der Alliirten keinen Schritt tun könnte, der als eine Billigung der von Frankreich auf § 18 gelegten juristischen Deutung ausgelegt werden könnte.

Der Völkerbundsschutz für Danzig.

Von

Dr. B. Herrmann-Dänzig.

Der 7. und 8 .Juni waren für die Freie Stadt Danzig „große Tage". Von Warschau kommend, weilte der erste Beamte des Völkerbundes, Generalsekretär Sir Eric Drummond, in unseren Mauern, um die dem Schutze des Völkerbundes unterstellte Stadt persönlich kennen zu lernen und sich durch eigenen lebendigen Augenschein Kenntnis zu verschaffen von den Grundlagen, aus denen die mannigfachen Polnisch-Danziger Streitfragen, die den Völkerbundsrat schon beschäftigt haben und noch beschäftigen werden, erwachsen. Und das kann uns nur willkommen sein, besonders jetzt inmitten der überreizten Hetze, die von Polen aus gegen Danzig betrieben wird.

Vier Tage hat Drummond, ehe er zu uns kam, in der Hauptstadt Polens geweilt. Auch das ist gut. Von Warschau aus sind in letzter Zeit ganz unverblümt die Befugnisse, die der Völkerbund und seine Organe bisher unangefochten ausübten, in Zweifel gezogen und Drohungen laut geworden, entgegen der Danzig-polnischen Konvention, die eine Erfüllung des das Danziger Schicksal bestimmenden Artikels 104 des Versailler Vertrages darstellt und damit gleichfalls unter der Obhut des Völkerbundes steht, alle möglichen Streitfälle von sich aus zu regeln und damit Danzig gänzlich zu erdrücken. Von diesen gegen die Befugnisse des Völkerbunds selbst nicht minder wie gegen Danzig gerichteten Bestrebungen muß Drummond, wenn nicht vorher schon, in Warschau Kenntnis erhalten haben. Natürlich auch von den Vorwürfen, die Polen systematisch gegen die Freie Stadt erhebt, als ob sie immer nur die Verträge mißachte, die polnische Minderheit in Danzig vergewaltige, nur nach preußischen Weisungen aus Berlin handele und ganz und gar unter deutschnationalem und putschistischem Einfluß stehe. Die Wahrheit ist, daß der Danziger Senat keineswegs hakatistisch gesinnt ist, und daß er sich bei seiner Verteidigung der von Polen gefährdeten Unabhängigkeit Danzigs nicht nur nicht in irgendeinem Gegensatz zur Danziger Bevölkerung, von den paar Prozent Polen abgesehen, befindet, sondern in vollster, innigster Uebereinstimmung. Beredtes Zeugnis hierfür legt auch die Tatsache ab, daß die dem Senat sonst innenpolitisch scharf feindlich gegenüberstehende Sozialdemokratie ihm in seiner Verteidigungspolitik gegenüber den unberechtigten Ansprüchen Polens unbedingt sowohl im Parlament wie in der Presse Beistand leistet. Von dieser Sachlage Kenntnis zu erhalten, wird Herrn Drummond während der Tage seines hiesigen Besuchs Gelegenheit geboten worden sein.

Nach seinem Eintreffen stattete er dem Senatspräsidenten einen Besuch ab und folgte dann einer Einladung des Senats zu einem Frühstück in dem altehrwürdigen Rathause. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Senatspräsident, wenn auch ohne Nennung, aber unter fühlbarem Bezug auf die polnischen Bedrohungen, daß Danzig über dem Schutze des Völkerbundes, unter dem zu stehen es sich rühmen dürfe, verstehe: „Wer jemandes Schutz übernimmt, der will ihn verteidigen gegen Angriffe, deren der Beschützte sich aus eigener Kraft nicht zu erwehren vermag." Weiter erinnerte er daran, daß seinerzeit im Rate des Völkerbundes ausdrücklich die Versicherung abgegeben worden ist, „die territoriale Unversehrheit und politische Unabhängigkeit der Freien Stadt zu achten und gegen alle Angriffe von außen aufrecht zu erhalten." Sie Eric Drummond hob in seiner Erwiderung hervor, daß diese Erklärung „die Sachlage kurz und treffend schildert und unverändert Geltung hat". Des weiteren führte er aus: „Die loyale Art, in der Danzig die Verpflichtungen erfüllt, die ihm obliegen auf Grund des Versailler Vertrages, der letzten Endes doch ihr Grundgesetz ist, muß ohne weiteres zur Folge haben, daß der Völkerbund für die bestimmten Rechte der Freien Stadt in vollem Umfang eintritt".

Begreiflich genug, daß diese in der jetzigen Zeit der Hochspannung zwischen Danzig und Polen so bedeutsamen Erklärungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Sie gaben nur die Gewißheit, daß Polen sein Ziel, Danzig zu unterjochen oder ihm auch nur das Schicksal Memels zu bereiten, mit welcher Idee die polnische Presse und polnische Staatsmänner letzthin offen operiert haben, nimmermehr erreichen wird.

Unter solchen Umständen sehen wir auch getrost den weiteren Verhandlungen entgegen, die auf der Tagesordnung der nächsten Konferenz des Völkerbundsrates in Genf am 29. Juni über die polnisch-Danziger Fragen stattfinden sollen.

Die bisherigen deutschen Reparationszahlungen nach französischer Aufstellung.

eca Paris, 12. Juni.

Der „Matin" veröffentlicht anhand offizieller Dokumente der Reparationskommission eine Aufstellung über die bisherigen Goldzahlungen der deutschen Regierung. Insgesamt betrügen diese Zahlungen bis zum 1. Januar 1923 7927 426 577 Goldmark. (?)

In Moskau wird eine Expedition nach Kumtschatka vorbereitet, die die dortigen Naphthaquellen untersuchen soll.

*

Die anglo-persische Oelgesellschaft hat in Moredani (Mesopotamien) eine ergiebige Oelquelle angebohrt.

Die vorliegende Zeitung enthält als zweite Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 10.